HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT I

INSTITUT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFTEN



Humboldt-Universität zu Berlin • Unter den Linden 6 • 10099 Berlin

HS: Herrschaftsideologie der SED SS 1999
Dozent: Dr. Gerd Dietrich Berlin am 21. Mai 1999

Dozent: Dr. Gerd Dietrich Autor: Jan Giesau

Die Wandlung der SED zur Partei neuen Typs

1	Von	der Avantgarde zur Massenpartei - Theoretische Bestimmung der Partei neuen Typs	2
2	Der	Wandel der KPD/ SED zur Partei neuen Typs	4
3	Zur	Kritik des Modells	7
	3.1	Die Partei als bewußte und organisierte Vorhut	8
	3.2	Die höchste Form der Klassenorganisation und der demokratische Zentralismus	8
	3.3	Kampf gegen den Opportunismus	9
	3.4	Der Geist des Internationalismus	9
4	Fazit		9
5	Literatur		10

Student im Diplom Studiengang Sozialwissenschaften

1 Von der Avantgarde zur Massenpartei -Theoretische Bestimmung der Partei neuen Typs

Eine Definition der "Partei neuen Typs" soll nicht versucht werden, ohne zuvor kurz das Gesellschaftssystem zu umschreiben, für das diese Partei konzipiert worden war: Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, zogen aus der objektiven Erkenntnis der allgemeinen Bewegungsgesetze der Geschichte die Schlußfolgerung, daß nur das Proletariat, als führende Klasse der Gesellschaft die Barbarei des Kapitalismus beenden und der Schöpfer einer sozialistischen Gesellschaft sein kann. Eine solche, sozialistische Gesellschaft ist im wesentlichen durch zwei Merkmale gekennzeichnet:

- Ersten wird durch die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privateigentum in die Hände des Volkes die kapitalistische Ausbeutung beseitigt und
- zweitens wird nach den revolutionären Umbrüchen eine Arbeiterpartei die Führungsrolle in Staat und Gesellschaft übernehmen, die keine konventionelle Partei sein wird. Diese Partei neuen Typs wird eine Diktatur des Proletariats errichten, um das Endziel einer klassenlosen Gesellschaft zu erreichen, mithin als Kommunismus bezeichnet.

Der Begriff der Diktatur kann hierbei als vollkommen unproblematisch angesehen werden, weil die Interessen von Individuen und Gesamtgesellschaft im Kommunismus identisch sein werden und nur während der Übergangsphase des Sozialismus einer gewissen Führung und Lenkung bedürfen. Das Politikverständnis einer Partei neuen Typs in der sozialistischen Gesellschaft unterscheidet sich somit fundamental von selbem in parlamentarischen Demokratien: Nicht der Ausgleich zwischen konkurrierenden Interessen, sondern der Vollzug allgemeingültiger Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution wird als Wesen der Politik angesehen.

Der Terminus von der "Partei neuen Typs" kann auf Schriften von Lenin und Kautsky zurückgeführt werden, wurde jedoch von vielen Theoretikern des Sozialismus diskutiert und kritisch verändert, worauf hier allerdings nicht näher eingegangen werden soll. Ausgangspunkt der Überlegungen war, daß die mit unmittelbaren Tagesaufgaben befaßte und im täglichen Elend gefangene Arbeiterklasse kein eigenes Bewußtsein entwickeln kann und somit nicht in der Lage ist, sich selbständig aus seiner unverschuldeten Lage zu befreien. Nur eine Partei von Intellektuellen, also in jeder Hinsicht unabhängigen Personen, kann die wahren Interessen der Arbeiter formulieren und daraus Strategien und Taktiken der gesellschaftlichen Umwälzung ableiten. Eine solche Partei, die im Vorfeld der Revolution verständlicherweise nur konspirativ und im Verborgenen agieren kann, rekrutiert aus der

Arbeiterklasse eine Auswahl von Berufsrevolutionären, welche die Umwälzung leiten sollen. Diese Revolutionsführer werden im Untergrund oder im Exil auf ihre künftigen Führungsaufgaben optimal vorbereitet. Parallel zu dieser elitären, politik-theoretischen Entwicklung innerhalb der Partei organisieren die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen den Tageskampf der Arbeiter, mit Streiks, der Mobilisierung gegen die Unterdrückung, Mitgliederwerbung und anderen Aktivitäten. Die Arbeiterbewegung formiert sich vor der Revolution also entlang zweier separater Stränge: Zum einen in einer Partei der Avantgarde und zum anderen in Massenorganisationen und Gewerkschaften. Der eher spontane Kampf der Arbeiterschaft in den Massenorganisationen kann dabei nicht zum revolutionären Klassenkampf werden, solange er nicht von der starken Organisation der Berufsrevolutionäre angeführt wird, die aus der Avantgarde-Partei rekrutiert werden. Rosa Luxemburg erhob später zwar den Einwand, daß diese avantgardistische Führung wohl eher zur Diktatur der Parteiführung über das Proletariat und nicht zur Diktatur des Proletariats über die Klassen führt, Lenin indes verschob dieses Problem in die Zeit nach der Revolution.

Die Berufsrevolutionäre also führen die gewerkschaftlich mobilisierten Arbeitermassen in einem weltweiten Kampf zur Revolution gegen die Bourgeoisie, um nach der Enteignung und Vertreibung der Kapitalisten eine Übergangsgesellschaft zum Kommunismus zu errichten, den Sozialismus. Die Trennung von Partei und Gewerkschaft bleibt auch in dieser nachrevolutionären Gesellschaft evident: Die Partei neuen Typs wird zur leitenden Kraft der gesamten Gesellschaft aufgewertet, durch die Parteispitze werden die Ziele der Gesellschaft Realisierungsstrategien entworfen und ihre Durchführung definiert. kontrolliert. Gewerkschaften und Massenorganisationen werden zu "Transmissionsinstrumenten" umfunktioniert, mit deren Hilfe die Parteiziele in der Gesellschaft umzusetzen sind. Grundlage der Funktionsteilung zwischen Partei und Organisationen ist die alleinige Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft durch die Partei und die Annahme, daß nur die Partei hieraus die richtigen Schlußfolgerungen ziehen kann, natürlich im Auftrag und Interesse der Arbeiterklasse. Dieser ideologisch proklamierte Besitz auf die Wahrheit verlangt auch eine unbedingte Unterwerfung der Mitglieder unter die Beschlüsse der Partei. Den politischen Führungskern der Partei neuen Typs bildet eine straffe Kaderorganisation, in welcher sich die Kandidaten für ihre künftigen Aufgaben bewähren müssen, aber gleichzeitig komplexe Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten nutzen können. Dieser internen Elite steht eine äußerst breite Mitgliederbasis gegenüber, welche die Ziele der Partei nach außen, in die Gesellschaft hinein vertritt. Die Ausweitung der Mitgliederzahlen ist jedoch nicht nur für die

breite Unterstützung der Parteiführung erforderlich, sondern auch um die Besetzung von allen ökonomischen und administrativen Schaltstellen im Staat durch Parteimitglieder zu gewährleisten, so daß die Partei ihrer Führungsrolle wirklich gerecht werden kann.

Die revolutionäre Avantgarde geht im Sozialismus also in einer Massen- und zugleich Kaderpartei auf. Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen werden zu Massenorganisationen, welche die Führungsrolle der Partei anerkennen und von ihr angeleitet werden. Da die Partei für sich einen Führungs- und Lenkungsanspruch in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen beansprucht, müssen die Strukturprinzipien Entscheidungsmechanismen standardisiert sein, um eine gewisse Kontrolle und Übersicht zu gewährleisten. Die Parteiherrschaft bedient sich hierfür eines demokratischen Zentralismus'. Als Metapher für den demokratischen Zentralismus kann ein Rädersystem angenommen werden, in dem die Parteiführung als Schwungrad ihre Beschlüsse über Transmissionsriemen an untergeordnete Hierarchien oder an Organisationsleitungen weitergibt, und diese Gremien ihrerseits die Resolutionen weiter übertragen, soweit bis sie in die kleinste Zelle der Gesellschaft, das Individuum, vorgedrungen sind. Das demokratische Element dieses Zentralismus liegt in der Wählbarkeit aller Gremien von unten nach oben, in der Rechenschaftspflicht und in der Förderung von Initiative und Aktivität der Menschen. Diese Art der Ermunterung der Arbeitermassen zur Selbstbestimmung, das Erwecken aus ihrer Lethargie hin zur politischen Partizipation, wird aufgrund von Erfahrungswerten aus der frühen Sowjetunion am ehesten durch staatliche Autorität erreicht. Alle dies geschieht zugunsten eines Endzieles, des Kommunismus', in dem die Klassengegensätze aufgehoben sind und die Menschen selbstbestimmt und friedlich miteinander leben können.

2 Der Wandel der KPD/ SED zur Partei neuen Typs

Die Gründungsakte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) vom Juni 1945, die auf dem 2. Parteitag im September 1947 sogar noch bestätigt wurde, beinhaltete durchaus Elemente, die demokratischen Parteien westlicher Prägung nicht fremd waren: Von der Beendigung der Revolution von 1848 war in dem Papier die Rede und von der Legitimität von Privateigentum für die freie Entwicklung der Wirtschaft. Außerdem sollte eine rigorose Entnazifizierung den Bruch mit dem alten System und den totalen Neuanfang einleiten, ein Passus, der mit Ausnahme der KPD von keiner anderen Partei so deutlich betont und letztlich auch umgesetzt wurde. Allerdings war auch von Beginn das Bekenntnis zur Sowjetunion (SU) von Stalin und zu den Lehren von Marx und Lenin Inhalt des KPD-Programms. Dieser

augenscheinliche Widerspruch zwischen kommunistischen und liberalen Ansätzen im Parteiprogramm sollte sich wenige Jahre später bereits auflösen. Denn die im sowjetischen Exil geschulten Führungskräfte der KPD um Ackermann, Ulbricht und Sobottka hatten nicht den Aufbau einer parlamentarischen Demokratie in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zum Ziel, sondern steuerten seit dem Ende des Krieges auf ihr idealistisches Gesellschaftsmodell hin, anfangs zwar nur mit halber Kraft, später dafür um so resoluter und uneinsichtiger. Mit massiver Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) hatte zunächst die KPD und nach der Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) auch ihre Nachfolgerin, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), am ökonomischen und sozialen Umbau in der SBZ gearbeitet. Schon im November 1947, zwei Monate nach dem 2. Parteitag der SED spricht Ulbricht erstmals öffentlich von der Vollendung des Umbaus der Partei nach den Theorien von Marx, Engels, Lenin und auch Stalin. Pro forma hatte die Umwandlung der KPD/ SED in eine Partei neuen Typs schon direkt nach dem Krieg eingesetzt, in der Folgezeit wurden die entsprechenden Anstrengungen intensiviert und in den Jahren 1948 und 1949 gebündelt.

Tatsächlich bedurften die gezielten Veränderungen der Wirtschaftsin und Gesellschaftsordnung der SBZ immer mehr einer zentralen Planung, die von einer Partei neuen Typs nach sowjetischem Vorbild optimal ausgeübt werden konnte. Ein weiterer Grund, der für eine Umwandlung zu diesem Zeitpunkt sprach ist in dem Zerwürfnis des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) mit dem jugoslawischen Führer Tito zu sehen. Das gespannte Verhältnis zwischen Moskau und der Führung in Jugoslawien aber auch Differenzen mit Ungarn, Bulgarien und der Tschechei führten in der SBZ zu dem Bedürfnis, sich verstärkt zur SU unter Stalin bekennen zu müssen. Die von Stalin propagierte Verschärfung des Klassenkampfes durch die Feinde des Fortschrittes ließ kein weiteres Zögern zu. Die programmatische Weichenstellung zur de facto Umwandlung der SED in eine Partei neuen Typs war unausweichlich geworden und fand im Mai 1948 auf einer Tagung des Parteivorstandes statt. Ackermann widerrief auf dieser Tagung seinen Reformansatz des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus und Pieck bekräftigte nochmals seine Forderung nach einer Entwicklung der SED zu einer Partei nach sowjetischem Vorbild. Mit der Verabschiedung von 4 Richtlinien zur Verbesserung der Organisationsarbeit wurde anschließend der offizielle Umbau beschlossen.

Die im Juni 1947 eingesetzte Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) erhielt nach dieser Parteivorstandstagung weitreichende Kompetenzen, die Planung der Wirtschaft wurde ab dem Frühsommer 1948 wie ein zweites Parteiprogramm propagiert. Zudem sollten die Parteileitungen, nicht die gewählten Volksvertreter, in nächster Zukunft befähigt werden, Staat, Länder, Kreise und Gemeinden, Betriebe und Industrie, Landwirtschaft, Schulen, das kulturelle Leben usw. zu verwalten und zu führen. Den staatlichen Verwaltungen und Massenorganisationen wurde die Rolle der oben beschriebenen Transmissionsinstrumente zugeordnet, das Führungs- und Mitgliederpersonal sollte zuerst der Partei gegenüber loyal sein, im Idealfall jedoch sollte dies jedoch deckungsgleich mit Staatsloyalität sein. Der Marxismus Leninismus wurde zur verbindlichen Ideologie der neuen SED erklärt.

Mit weitreichenden Säuberungen innerhalb der Mitgliederschaft sollte dem Klassenfeind in den eigenen Reihen begegnet werden. Die Beseitigung von, wie es hieß, feindlichen und entarteten Elementen richtete sich ab dem Frühsommer 1948 und in der Folgezeit gegen zahlreiche Mitglieder. Die Vorwürfe reichten von Partei- oder Sowjetfeindlichkeit über Korruption und NS-Vergangenheit bis West-Agententum oder Sabotage. Ob üble Denunziation oder tatsächliches, schuldhaftes Verhalten, zahlreiche Mitglieder wurden nicht nur ausgeschlossen, sondern oftmals auch in Speziallagern interniert. Zirka 400 Menschen sollen in solchen Lagern ums Leben gekommen sein.

Die Säuberungen richteten sich vor allem gegen ehemalige Sozialdemokraten, von denen schätzungsweise 200 000 ihren Arbeitsplatz verloren. Als Schumacher-Agenten wurden viele ehemalige SPD-Mitglieder gezielt aus Ämtern und Funktionen gedrängt. Im gleichen Zuge wurde die, bei der Vereinigung von SPD und KPD geschaffene Parität aufgehoben, mit der Begründung, daß diese Doppelbesetzung von Ämtern mit Funktionären aus beiden Parteien weder zeitgemäß noch langfristig personell machbar sei. Die Säuberungen machten jedoch auch vor den eigenen Reihen nicht halt: Splittergruppen und politische Denkzirkel der altkommunistischen Bewegung wurden gemäß dem neuen Fraktionsverbot zerschlagen. Fast pauschal wurden westliche Emigranten und ehemals westliche Langzeitgefangene ausgeschlossen. Parallel hierzu wurden Neuaufnahmen durch ein Bürgschaftensystem erschwert, wobei jeweils zwei Mitglieder einen neuen Kandidaten empfehlen mußten. Durch die Maßnahmen dezimierten sich die Mitgliederzahlen von anfänglich 2 Millionen Mitgliedern auf nur noch 1,2 Millionen, was im Vergleich zu westlichen Parteien noch immer eine enorme Zahl war.

Auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 wurde die Umwandlung der SED zur kommunistischen Partei stalinschen Typs für vollendet erklärt. Die Bezeichnung als Partei

stalinschen Typs war Ausdruck eines verstärkten Personenkultes um Stalin, ist hier jedoch lediglich synonym für den Begriff der Partei neuen Typs zu sehen.

Für die weitere, organisatorische Festigung der Partei wurden drei Maßnahmen ergriffen:

- Erstens wurde ein zentrales Politbüro als straffe Parteileitung und politische Koordinierungsinstanz eingerichtet und damit das Zentralsekretariat als bisher entscheidendes Führungsorgan abgelöst. Dem Politbüro wurde ein Kleines Sekretariat beigeordnet, welches Beschlüsse vorbereiten und Entscheidungshilfen geben sollte. Das System der Kleinen Sekretariate, das auch auf die Bezirksebene übertragen wurde, verwischte die Grenzen zwischen Partei- und Staatsfunktionen und untermauerte die Hegemonie der SED.
- Zweitens wurden alle wichtigen Ämter und Funktionen im Staat auf allen Ebenen der Hierarchie in einer Nomenklaturliste erfaßt und somit die Kaderpolitik weiterentwickelt und optimiert.
- Drittens wurde eine Parteikontrollkommission eingerichtet und das Berichtswesen ausgebaut, um feindliche Kräfte bekämpfen und Korruption und Karrierismus bekämpfen zu können.

Mit der Gründung der DDR wurde die SED auch offiziell als Staatspartei bestätigt. Die notwendigen Grundlagen für eine absolute Kontrolle und Gleichschaltung der Mitgliedschaft waren somit geschaffen. Im Juli 1950 wurde den Veränderungen in Partei und Staat mit einem neuen Parteistatut Rechnung getragen.

3 Zur Kritik des Modells

Nach Stalin definiert sich eine Partei neuen Typs anhand von sechs Merkmalen:

- 1. Die marxistisch leninistische Partei ist die bewußte Vorhut der Arbeiterklasse.
- 2. Die marxistisch leninistische Partei ist die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse.
- 3. Die marxistisch leninistische Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats.
- 4. Die marxistisch leninistische Partei beruht auf dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus.
- 5. Die marxistisch leninistische Partei wird durch den Kampf gegen den Opportunismus gestärkt.
- 6. Die marxistisch leninistische Partei ist vom Geiste des Internationalismus durchdrungen.

Im folgenden soll kurz diskutiert werden, ob die SED nach ihrer proklamierten Umwandlung eine Partei neuen Typs nach Stalins Definition war beziehungsweise in welchen Punkten das Modell zu kritisieren ist.

3.1 Die Partei als bewußte und organisierte Vorhut

Ob die Führung in der SBZ/ DDR zu jedem Zeitpunkt im Besitz ihres vollen geistigen Bewußtseins gehandelt hat, sei hier nicht weiter hinterfragt, daß die Arbeiterschaft den Klassenkampf zu keinem Zeitpunkt als Gestaltungselement für die eigene Zukunft begriff, sondern immer als von oben vermitteltes Artefakt ansah, kann als wesentlicher Grund für die Inakzeptanz der SED und ihrer Politik in der Bevölkerung angesehen werden. Auch die Organisationsprinzipien der Partei, die eher auf subtilem Zwang und Einsicht in die Notwendigkeit basierten als auf Freiwilligkeit, machten die SED zwar zur organisierten aber nicht unbedingt bewußten Vorhut des Proletariats, und dies nicht einmal für die ganze Arbeiterschaft, sondern eher für einen angepaßten oder zumindest gleichgültigen Teil der Bevölkerung.

3.2 Die höchste Form der Klassenorganisation und der demokratische Zentralismus

In diesen beiden Begriffen spiegelt sich der Alleinvertretungsanspruch der Partei gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen wider. Dem Irrglauben, daß an einem Punkt der höchste Entwicklungsstand erreicht ist und es von dort an keine bessere Möglichkeit des Zusammenlebens gibt, sind nicht nur die sozialistischen Theoretiker erlegen, nur wurde im real existierenden Sozialismus jede andersartige Entwicklung unterdrückt, so daß sich wenige neue Erkenntnisse außerhalb des abgesteckten Rahmens gewinnen ließen. Schöpferkraft und Initiative waren zwar gefragt, jedoch durften diese nicht den anvisierten Horizont übersteigen. Insofern war die SED als Partei neuen Typs vielleicht schon bei ihrer Gründung von den Zeichen der Zeit überholt worden und blieb bis zum Ende ein politisch blutarmes und starres Gebilde. Diese Unbeweglichkeit kann nicht zuletzt auf den demokratischen Zentralismus zurückgeführt werden, wobei nicht zu übersehen ist, daß der Zentralismus gegenüber der Demokratie in dieser Wortschöpfung eindeutig dominiert. Die Verbindung von Demokratie und Zentralismus über das Wählbarkeitsprinzip ist in der DDR reine Fiktion geblieben. Das Nomenklatursystem und die Kaderpolitik ließen Wahlen zu einem eher theoretischen Akt der Partizipation werden.

3.3 Kampf gegen den Opportunismus

Opportunismus wurde in der DDR als Schimpfwort benutzt, ebenso wie Sozialdemokratie. Äußerungen, die sich kritisch mit dem System und der Partei auseinandersetzten wurden schnell als opportunistisch oder imperialistisch beeinflußt dargestellt. Die von Marx erhobene Forderung, zunächst alles in Frage stellen zu dürfen, die Stalin in sein System von Kritik und Selbstkritik überführte, war theoretisch zwar ausdrücklich gewünscht, faktisch jedoch hat dieses Prinzip nie funktioniert. Kritik wurde oftmals als opportunes Geschwätz abgetan, Kongresse und Tagungen wurden zumeist im Kaderkreis abgehalten, in dem kontroverse Meinungen erst gar nicht aufkamen, sei es aufgrund echter Überzeugung oder aber einer Schere im Kopf, die das eigene Gedankengut vorab zensierte.

3.4 Der Geist des Internationalismus

Die Revolution, die zu einer weltweiten Bewegung anschwellen sollte, hat in diesem Sinne in der DDR nicht stattgefunden. Mag sein, daß die Vernichtung der Faschisten einer Art Revolution gleichkam, aber es war kein Volksaufstand, sondern die Intervention fremder Mächte, von denen die Mehrheit nicht im Traum an eine Revolution der Arbeiter dachte. Das Ausbleiben der Weltrevolution war ein grundlegendes Problem, mit dem sich die sozialistischen Gesellschaften nach dem zweiten Weltkrieg arrangieren mußten. Die Theorie hatte in der Praxis versagt. Quasi als Flucht nach vorn verbündeten sich die Klassenbrüder im Kampf gegen den Weltimperialismus, um doch noch eine siegreiche Revolution einzuleiten. Die Massenorganisationen der DDR traten internationalen und demokratischen Jugend-, Frauen-, und Gewerkschaftsorganisationen bei, auf politischer Ebene hatte man sich bereits vorab organisiert. Was hier allerdings als Geist des Internationalismus bezeichnet wurde glich eher einer isolierten Zweckgemeinschaft, die auf der anderen Seite der Erde kaum Anhänger gewinnen konnte.

4 Fazit

Die Umwandlung der SED in eine Partei neuen Typs zeigt deutliche Parallelen zu diesem Prozeß in der KPDSU auf, vor allem bezüglich der Parteisäuberungen. Die SED war eine Massenpartei mit einem nur für sozialistische Verhältnisse angemessenen Demokratieanspruch. Das Avantgardeprinzip hat sich als wenig adäquat erwiesen, weil die Kluft zwischen politischer Elite und Bevölkerung hierdurch eher vergrößert wird. Das Ausbleiben der Weltrevolution stürzte die Partei- und Staatsführung in der DDR und in

anderen sozialistischen Gesellschaften in das Dilemma, den eigenen Autoritätsanspruch auch langfristig vertreten zu müssen. Die Fehler in der kommunistischen Theorie und die Uneinsichtigkeit in die Notwendigkeit von daraus resultierenden Korrekturen können demnach neben der eigentlichen Definition ebenso als kennzeichnend für eine Partei neuen Typs gewertet werden.

5 Literatur

Autorenkollektiv 1978: Geschichte der SED. Berlin: Dietz

- Glaeßner, Gert-Joachim 1989: Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Malycha, Andreas 1996: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946-1950. Berlin: Dietz
- Schroeder, Klaus 1998: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990. München, Wien: Hanser
- Staritz, Dietrich 1984: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungszone zum sozialistischen Staat. München: dtv
- Weber, Hermann 1995: Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem, in Enquete Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in + Deutschland", Bd. II,1: Macht, Entscheidung, Verantwortung. Baden-Baden: Nomos, Frankfurt/ M.: Suhrkamp